

**Mannheimer
Montag-
mittag-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

Die „Verteidigung Deutschlands am
Hindukusch“.
Die deutsche Rolle in Afghanistan

Egbert Jahn

8. Dezember 2008

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn
Universität Mannheim
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung
D-68131 Mannheim
Tel.: +49-621 181 2842, 3302
Fax: +49-621 181 2845
allgemeine E-mail: Egbert.Jahn@mzes.uni-mannheim.de
Vorlesungs-E-mail: streitfragen@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de/fkks/montagmittagvorlesung.html

Zusammenfassung

„Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt“, sagte am 11. März 2004 der damalige deutsche Verteidigungsminister Peter Struck. Dennoch behauptet die Bundesregierung, daß Deutschland keinen Krieg führe. Nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 hatte die NATO erstmals seit ihrer Gründung 1949 den Verteidigungsfall gegenüber der Aggression aus Afghanistan erklärt. Dennoch führten die USA allein mit einigen Verbündeten Krieg gegen die Al-Qaida-Stützpunkte und die sie stützende Taliban-Regierung in Afghanistan. An der Niederringung des Taliban-Regimes beteiligte sich Deutschland nur mit einer Einsatzgruppe von ca. 100 Mann. Bis heute wird die militärische Kampf- „Operation Andauernde Freiheit“ (*Operation Enduring Freedom*, OEF,) gegen Taliban-Formationen und zur Aufspürung der Al-Qaida-Führung im Grenzgebiet zu Pakistan fortgeführt.

Unabhängig von ihr wurde von den Vereinten Nationen eine robuste Friedenssicherungs- und Staatsaufbau-Mission „*International Security Assistance Force*“ (ISAF) gebildet, an der sich auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Sie trägt die Verantwortung für die lange Zeit weitgehend friedliche Nord-Region. ISAF steht seit 1993 unter Leitung der NATO. OEF und ISAF wurden seither mehr und mehr miteinander kombiniert. Seit September dieses Jahres stehen sie sogar unter dem gemeinsamen Kommando eines US-Generals.

Die erhoffte Stabilisierung der neuen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen trat bisher nicht ein. Im Gegenteil, seit einigen Monaten haben sich die bewaffneten Aktionen und Selbstmord-Terroranschläge der Taliban und anderer Kampfverbände gegen die westlichen Truppen, Nichtregierungsorganisationen und gegen die Einrichtungen des neuen Regimes erheblich vermehrt und auch auf den Norden ausgedehnt. Die Zahl der Todesopfer der internationalen Koalition in Afghanistan war im Mai dieses Jahres erstmals sogar höher als die in Irak. Dies stärkt in Deutschland und anderen Ländern die Zweifel an dem Sinn einer Fortsetzung des militärischen Engagements in Afghanistan in der Mehrheit der Bevölkerung und auch in einigen Parteien und ruft die Forderung nach Rückzug der eigenen Truppen aus dem Hindukusch hervor, zumindest aber nach einer Verstärkung der zivilen Komponenten des ISAF-Einsatzes. Bundesregierung und Bundestag folgen jedoch der Forderung der USA und der NATO nach einer Verstärkung des militärischen Einsatzes in Afghanistan. Bisher fehlt es auf allen Seiten an einer schlüssigen internationalen Konzeption für die Fortführung und den Abschluß des kombinierten internationalen Einsatzes von OEF und ISAF und für das deutsche Engagement in Afghanistan.

1 Die seltsame Verschränkung von Kriegsführung und Friedenserzwingungs- und Staatsaufbauaktion

Seit dreißig Jahren wird in Afghanistan Krieg geführt, und zwar stets Bürgerkrieg, aber über die meisten Jahre hinweg (1979-1989, 2001 bis heute) auch Interventionskrieg äußerer Mächte zur Unterstützung afghanischer Bürgerkriegsparteien. Nach dem Putsch der von der Sowjetunion ausgebildeten Armee und der Errichtung eines kommunistischen Parteiregimes in Kabul im April 1978 begann der bewaffnete Kampf gegen das Regime der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, das seit Dezember 1979 sowjetische Interventionstruppen zu stabilisieren trachteten. Zeitweise waren in Afghanistan 115.000 Mann der Sowjetarmee im Einsatz. Mit erheblichen militärischen Material- und Ausbildungsleistungen aus den USA, Pakistan und Saudi-Arabien gelang es einer vielfältigen nationalen und den islamistischen Widerstandsbewegung im Februar 1989 die Sowjetarmee wieder aus dem Land zu verdrängen und anschließend im April 1992 auch das kommunistische Parteiregime zu stürzen. Unter den Siegern brach sogleich ein Bürgerkrieg aus, aus dem 1996 die Taliban („Studenten“ oder „Koranschüler“) unter der Führung Mullah Muhammad Omars als Sieger hervorgingen und das Islamische Emirat Afghanistan errichteten. Die sunnitischen Taliban waren in den paschtunischen Koranschulen in Pakistan geistig und militärisch mit Unterstützung des pakistanischen Geheimdienstes ausgebildet worden, um den Einfluß des Irans auf die Schiiten Afghanistans zu konterkarieren. Seit September 1994 griffen die Taliban in die Machtkämpfe des Landes ein. Sie konnten jedoch ihre Macht nicht gänzlich auf den Nordosten ausdehnen, wo die vor allem von Tadschiken, Usbeken und Hazara gebildete Nordallianz (Vereinigte Islamische Front zur Rettung Afghanistan) einige Positionen verteidigte.

Unter der Taliban-Herrschaft konnte die arabische Terrororganisation Al-Qaida („die Basis“) unter Führung Osama Bin Ladens, die ursprünglich von den USA in ihrem Kampf gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans unterstützt worden war, dann aber seit dem Irakkrieg 1991 die USA und Israel als ihre Hauptfeinde bestimmte, umfangreiche Ausbildungslager errichten, in denen anscheinend auch die Terroranschläge auf das *World Trade Center* und das Pentagon in den USA am 11. September 2001 mit ca. 3.000 Todesopfern vorbereitet wurden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wertete die Anschläge sogleich in seiner Resolution 1368 als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die zur individuellen und kollektiven Verteidigung der USA berechtige. Die NATO erklärte zum ersten Mal in ihrer Geschichte das Vorliegen eines Bündnisfalles, also die Terroranschläge als einen Angriff auf alle Vertragspartner, der zu militärischem Beistand verpflichtete. Als sich die Re-

gierung der Taliban weigerte, Osama Bin Laden und andere Al-Qaida-Führer auszuliefern, begannen die USA mit 28.000 Mann und mit der Unterstützung von 20.000 britischen Soldaten am 7. Oktober 2001 im Rahmen ihres umfassenden „Krieges gegen den internationalen Terrorismus“ einen Interventionskrieg in Afghanistan als Akt der Selbstverteidigung unter dem Namen Operation Andauernder Frieden (*Operation Enduring Freedom*, OEF). Mit Unterstützung der Nordallianz gelang nach zwei Monaten der Sturz der Taliban-Regierung in Kabul sowie in allen größeren Städten und Provinzen. Diese nur von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Emiraten anerkannte Regierung war von ca. 40.000 Mann der Taliban Streitkräfte und ca. 10.000 Kämpfern der Al-Qaida verteidigt worden. Aber weder Osama Bin Laden noch Muhammad Omar konnten gefangen genommen oder getötet werden. Und die Kämpfe gegen sich immer wieder neu rekrutierende Taliban-Verbände setzen sich im Südosten und Süden im Grenzgebiet zu Pakistan bis heute fort, greifen hin und wieder auch auf pakistanisches Gebiet über.

An der OEF in Afghanistan waren nur etwa 100 Deutsche des Kommandos Spezialkräfte (KSK) beteiligt, um dessen Kampftätigkeit lange Zeit ein großes Geheimnis herrschte, ehe bekannt wurde, dass es kaum aktiv eingesetzt wurde. Ihr Einsatz wurde inzwischen auch formell beendet. Strittig wurde jedoch der Einsatz von sechs bis acht Tornados ab April 2007 zur Überwachung des Luftraums in ganz Afghanistan, da die Luftaufnahmen auch direkt für die Kampfhandlungen der OEF im Süden von Bedeutung sein können. Heute sind noch 7.000 Mann US-Truppen der OEF unterstellt.

Durch eine weitere Resolution des VN-Sicherheitsrates (Res. 1386 vom 20. Dezember 2001) wurde eine Internationale Unterstützungstruppe (*International Security Assistance Force*, ISAF) gebildet, die die provisorische und später die gewählte Regierung des Paschtunen Hamid Karzai und ihre Staatsorgane bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit unterstützen sollte. Zunächst beschränkte sich das Aufgabengebiet auf Kabul und Umgebung. Danach wurde das Operationsgebiet der Friedenserzwingungsaktion jedoch schrittweise auf ganz Afghanistan ausgedehnt. Das ISAF-Mandat unter Kapitel VII der VN-Charta legitimiert keine bloße Friedenserhaltungsaktion, die nur die Selbstverteidigung der VN-Truppen erlaubt, sondern eine Friedenserzwingungsaktion, die in Zusammenarbeit mit den afghanischen Staatsorganen den Schußwaffengebrauch gegen kriminelle Banden und Aufständische zur Sicherung der neuen Staatsordnung erlaubt. Seit August 2003 steht die ISAF unter Führung der NATO. Im Juni 2008 waren an ihr 40 Staaten mit 52.900 Soldaten beteiligt, darunter 18.000 aus den USA und 3.000 aus Deutschland. Der Bundestag beschloß vor sieben Wochen erneut eine Personalver-

mehrung, diesmal um 1.000 Mann auf bis zu insgesamt 4.500 Mann. Ursprünglich, im Dezember 2001, war als Höchstgrenze 1.200 Mann festgesetzt.

Weder der Operation Andauernde Freiheit OEF noch der Internationalen Schutztruppe ISAF ist bisher eine Befriedung Afghanistans in Zusammenarbeit mit der neuen afghanischen Armee und Polizei gelungen. Im Gegenteil, seit 2006 haben sich die bewaffneten Aktionen und die Selbstmordanschläge der Taliban, anderer aufständischer Verbände sowie von kriminellen Drogenbanden erheblich vermehrt und auch auf den jahrelang recht friedlichen Norden Afghanistans ausgedehnt. Im Mai 2008 war die Zahl der Todesopfer der Alliierten in Afghanistan erstmals höher als im Irak.

Im Rahmen von OEF und ISAF kamen bis August 2008 862 Soldaten um, darunter auch 30 Deutsche durch Anschläge oder durch Unfälle. Die Hauptlast des militärischen Einsatzes trugen jedoch bisher die US-Amerikaner mit 507, die Briten mit 116 und die Kanadier mit 89 Toten. Auch die Zahl der bei alliierten Aktionen versehentlich oder als Kollateralschaden von Kämpfen in Kauf genommenen Toten unter den Zivilisten ist enorm gewachsen. Nach UN-Angaben starben 2007 durch Gewaltanwendung 8.000 Menschen in Afghanistan, darunter 1.500 Zivilisten. Als Folge davon steigt unübersehbar die Ablehnung der Präsenz der internationalen Truppen in der Bevölkerung Afghanistans. Der ehemalige Leiter der VN-Unterstützungsmission in Afghanistan (UNAMA) Tom Koenigs (2006-2008) behauptet allerdings, daß 80 % der Bevölkerung im Süden und 95 % im Norden die ausländischen Truppen in Afghanistan wünschen.

Der Widerstand der Aufständischen gegen beide Formen der internationalen militärischen und zunehmend auch der zivilen Präsenz veranlaßte eine engere Koordination von OEF und ISAF, die immer mehr zur Verschmelzung beider Missionen führte und im September in der Vereinigung der ISAF-Führung und des Kommandos der *US-Forces Afghanistan* unter General David D. McKiernan auch einen offiziellen Ausdruck fand. Der designierte US-Präsident Barack Obama kündigte eine erhebliche Vermehrung der US-Truppen in Afghanistan im Zusammenhang mit einer Reduzierung der Truppen im Irak an und äußerte wiederholt die Erwartung, daß die NATO-Partner diesem Beispiel folgen.

Im Rahmen der ISAF wurden schließlich fünf Regionalkommandos (Nord in Māzar-i Sharīf, West in Herāt, Süd in Kandahar/Qandahār, Ost in Bagrām und Kabul/Kābol) eingerichtet, von denen das Regionalkommando Nord unter deutscher Führung steht, die anderen unter italienischer, niederländischer, US-amerikanischer und französischer. Außerdem wurden im Laufe

der Zeit 26 Provinz-Wiederaufbau-Teams (*Provincial Reconstruction Teams*, PRT) gebildet, die in den meisten der 34 Provinzen Afghanistans militärisch mit deren Regierungen zusammenarbeiten, aber auch die zivile und wirtschaftliche Entwicklung fördern sollen.

Die zivilen Aufgaben der ISAF-Truppen und die zivilen Komponenten des Aufbaus des neuen Staates Islamische Republik Afghanistan werden zwar immer wieder von Politikern betont, aber sie spielen praktisch immer noch eine recht geringe Rolle. Die internationalen zivilen Leistungen beim Staatsaufbau Afghanistan lassen sich in vier Teilbereiche aufgliedern, wobei es schwer ist, ihren Umfang genauer zu bestimmen. Zum einen erbringen die ISAF-Truppen selbst zivile Leistungen wie Polizei-Unterstützung, Straßen- und Brückenbau, Krankenhausbau usw. Zum zweiten wurde die Ausbildung von Polizisten auch zivil organisiert und zuerst auf bilateraler Basis von 50 Deutschen und weit mehr US-Amerikanern betrieben. Seit Juni 2007 wurde diese Arbeit durch eine EUPOL-Mission multilateral mit 190 Ausbildungskräften etwas erweitert und neuerdings auf 400 aufgestockt. Schließlich wurden in mehreren internationalen Geberkonferenzen beträchtliche Geldmittel zum Ausbau des Staatsapparats und der Infrastruktur des Landes (etwa Straßenbau) gewährt. 90 % des Staatsbudgets stammen aus internationalen Finanzmitteln. Schließlich sind noch immer Hunderte von internationalen Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan unter dem Schutz von ISAF oder auch unabhängig davon tätig, obwohl einige Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen nach der Ermordung einiger ihrer Mitarbeiter ihre Tätigkeit in dem Land eingestellt haben.

2 Beendigung oder Ausdehnung der NATO-Aktivitäten

Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sind gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zum „robusten Friedensschutz“ durch die ISAF. Demgegenüber meinte am 11. März 2004 der damalige deutsche Verteidigungsminister Peter Struck: „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt“. Alle Bundestagsparteien mit Ausnahme der Linken befürworteten den Bundeswehreinsatz, teils als ein Mittel der Terrorismus-Bekämpfung, teils als ein Mittel zur demokratisch-humanen Wiederherstellung der afghanischen Gesellschaft und zum Wiederaufbau des Staates nach Jahrzehnten des barbarischen Bürger- und Interventionskrieges. Aus verfassungs- und auch aus versicherungsrechtlichen Gründen muß die Bundesregierung das Argument aufrechterhalten, daß Deutschland keinen Krieg in Afghanistan führt, trotz der erwähnten vielen Menschen, die bei bewaffneten Kämpfen und Gewaltanschlägen im ganzen Land ums Leben kamen, darunter auch einige deutsche Soldaten und von deutschen Soldaten getötete Afghanen. Richtig ist zweifellos, daß die deutschen

Truppen keinen bewaffneten Kampfauftrag in Afghanistan haben, anders als die OEF-Truppen, die im Süden und Osten tatsächlich Krieg führen. Andererseits kann nicht bestritten werden, daß die Taliban mit ihren vermutlich 16.000 Kämpfern und andere bewaffnete politische oder kriminelle Gruppen ihre Terroranschläge auch gegen die Bundeswehreinheiten in Afghanistan als Teil ihrer allgemeinen aufständischen Kriegsführung in ganz Afghanistan verstehen. Eine gewisse zentrale politische Planung vieler Terroranschläge wird von niemandem bestritten. Indem die Bundeswehreinheiten im Gegenzug von bloßen Schutzpatrouillen und Wachdiensten zum Aufspüren und Bekämpfen von aufständischen bewaffneten Gruppen übergehen, muß dies zweifellos als kriegerische Aktivität verstanden werden und läßt sich kaum noch als die Wahrnehmung von polizeilichen Sicherungsfunktionen verstehen. Von einer systematischen Kriegsführung der Bundeswehr im Norden Afghanistan kann jedoch bislang noch keine Rede sein.

Zwar sprechen deutsche und zunehmend auch andere europäische und US-amerikanische Politiker von der Notwendigkeit, die militärischen Aufgaben durch zivile zu ergänzen, doch es bleibt auffällig, daß keine Angaben über das gegenwärtige oder angestrebte Verhältnis der finanziellen und personellen Aufwendungen für militärische und zivile, d. h. sowohl polizeiliche als auch unbewaffnete zivile Aufgaben gemacht werden. In Afghanistan befinden sich zur Zeit mindestens ausländische 85.000 Soldaten im Einsatz, aber nur wenige hundert Polizisten und ca. 2.000 Entwicklungshelfer. Für militärische Zwecke werden zweifellos nach wie vor weitaus mehr Gelder ausgegeben als für zivile. Sicherlich muß man berücksichtigen, daß Zivilisten und auch Beamte und andere öffentliche Bedienstete rechtlich und gesellschaftspolitisch nicht einfach ins Ausland abkommandiert werden können wie Soldaten. Der Ausbildung von freiwilligen zivilen Friedensfachkräften aller Art und die Entwicklung von Einsatzregeln ist weltweit nach wie vor außerordentlich unterentwickelt. Somit beschränkt sich die zivile Wiederaufbauhilfe überwiegend auf einige Komponenten der finanziellen Hilfsleistungen in Höhe von wenigen Milliarden US-Dollar, die zahlreiche Länder, vor allem die USA und die EU-Mitglieder, der afghanischen Regierung für den Wiederaufbau des Landes gewähren. Ungeklärt ist, welcher Anteil der Subventionen schlicht für die Korruption und Konsumtion regierungstreuer Personen und Institutionen verwandt wird, ohne wirklich dem Wiederaufbau des Landes zu nutzen. Ungefähr den gleichen Umfang wie die internationale staatliche Afghanistan-Hilfe hat das Einkommen Afghanistans durch den Drogenhandel.

Zwar sind die Stimmen für eine Beendigung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr wie der NATO ziemlich stark. Doch vertreten sie kaum ein konstruktives Konzept für die Ent-

wicklung der afghanischen Gesellschaft und des Staates nach einem Rückzug der NATO-Truppen. Die Konzepte aus der Friedensbewegung drücken sich vor allem um die Sicherheitsproblematik nach einem eventuellen Abzug der internationalen Truppen. Sie lassen außer acht, daß es Länder gibt, in denen unter bestimmten Herrschaftsbedingungen viele zivile Aktivitäten von nationalen wie internationalen Organisationen schlicht nicht möglich sind, weil sie durch Terror unterbunden werden, wie seinerzeit unter der Taliban-Herrschaft. So gilt es die Gewalt der internationalen Truppen und des von ihnen gestützten Regimes gegen die Gewalt eines potentiellen Regimes abzuwägen, das nach einem raschen Rückzug der internationalen Truppen entstehen würde. Auch Anhänger gewaltfreier Politik müssen klären, welches Gewaltregime sie durch ihre Aktivitäten unterstützen, das bestehende oder ein alternatives.

Die These, daß die Terrorgefahr in den westlichen Gesellschaften durch die OEF und die ISAF in Afghanistan eher gewachsen als gesunken sei, läßt sich ebensowenig stichhaltig begründen wie die entgegengesetzte These. Manche Stimmen meinen schlicht, der Westen sollte Afghanistan den Afghanen überlassen, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß die Nachbarländer, insbesondere Pakistan und Iran, kein Interesse daran haben können, weil sie sich untereinander nicht einig sind, wie und in welchem Maße sie auf die afghanischen Verhältnisse Einfluß nehmen wollen und können. Manche meinen, der Westen solle sich auf gelegentliche Luft-Bombardements von internationalen Terroristencamps in Afghanistan beschränken, obwohl diese Strategie sich vor 2001 als erfolglos erwies.

Die Gegenposition wird von denjenigen eingenommen, die meinen, daß die Verschlechterung der Sicherheitssituation in Afghanistan ganz wesentlich von einem unzureichenden militärischem und zivilem Engagement der Staatengemeinschaft, der NATO wie auch der islamischen Staaten, in der ganzen Region verursacht ist und daß die internationalen militärischen und zivilen Anstrengungen in Afghanistan und mit solchen in Pakistan vernetzt werden müssen, was wohl nur gelingen könne, wenn auch der Iran aus seiner internationalen Isolation befreit werde und in die internationale Sicherheitspolitik in der Region einbezogen werde.

3 Dreißigjähriger Krieg in Afghanistan

Afghanistan ist mit 652.000 qkm fast doppelt so groß wie Deutschland, hat aber nur 26.000.000 Einwohner. Es ist überwiegend ein Hochgebirgsland mit großer Wasserarmut und wenig wirtschaftlich erschlossenen Bodenschätzen und gehört zu den ärmsten Ländern der Welt mit hoher Arbeitslosigkeit. Nach dem Ende der Talibanherrschaft war rund ein Drittel der Bevölkerung auf internationale Nahrungshilfe angewiesen.

Afghanistan ist ein polyethnisches, vielsprachiges, multikonfessionelles Land, das als Staat erst seit 1919 existiert. Es war jahrhundertlang Teil des persischen Reiches, dann umkämpftes Territorium für die imperialen Aspirationen der Seemacht Großbritannien, die u.a. die Expansion der Landmacht Rußland nach Süden verhindern wollte. Großbritannien versuchte in zwei langen und harten Kriegen im 19. Jahrhundert vergeblich, das Land am Hindukusch unter seine Kontrolle zu bekommen, teilte dann im Jahre 1893 das Siedlungsgebiet der Paschtunen durch die Durand-Linie und gliederte den südlichen Teil in sein indisches Kolonialreich ein, der dann 1947 bei der Teilung Indiens Pakistan zugeordnet wurde. Nur der nördliche Teil wurde bereits 1919 als unabhängiger Staat Afghanistan anerkannt. (Das Wort Afghan bedeutet Paschtune) Die paschtunischen Gebiete Pakistan besitzen eine gewisse Autonomie gegenüber der Zentralregierung können und nur wenig von dieser kontrolliert werden. Da die Grenze im schwer zugänglichen Hochgebirge kaum von dieser wie jener Seite her zu kontrollieren ist, gibt es enge Beziehungen zwischen den Paschtunen beidseits der Staatsgrenze, die auch von den Taliban, von Al-Qaida sowie von Waffen- und Drogenhändlern genutzt werden.

Nördlich des hauptsächlichen Siedlungsgebietes der Paschtunen, die 40 % der Bevölkerung ausmachen und ihre eigene Sprache Paschtu sprechen, breiten sich die darisprachigen Völker aus. Dari ist die am persischen Königshof entwickelte neupersische Schriftsprache, die im Iran, in Tadschikistan und auch in Afghanistan Staatssprache ist. Sie ist außerdem in einigen anderen Ländern Zentral- und Südasiens verbreitete Verkehrssprache. Somit haben Teile Afghanistans enge sprachlich-kulturelle Gemeinsamkeiten mit den Nachbarstaaten Pakistan, Iran und Tadschikistan. Außerdem sind 15 % der Bevölkerung dieses zentralasiatischen Landes mongolischstämmige Hazara westlich von Kabul und 5 % im Norden Usbeken (ein turksprachiges Volk) sowie eine kleinere Anzahl Kirgisen, Turkmenen, außerdem Balutschen im Süden, Aimaken im nördlichen Westen und Nuristani im nördlichen Osten. Die ethnischsprachlichen Verwandtschaften mit den Völkern der Nachbarstaaten waren stets Einfallstore für die politische Einflußnahme und für regionalpolitische Dominanzansprüche Irans, Pakistans und früher auch der Sowjetunion. Sie erlaubten es aber auch vielen Afghanen, in den Nachbarländern Zuflucht zu suchen und von dort aus auf ihr Heimatland einzuwirken. Während der sowjetischen Besatzung und dann wieder während der Talibanherrschaft flüchteten zahlreiche Afghanen in die Nachbarländer. 2001 lebten z. B. rund zwei Millionen Afghanen im Iran und drei Millionen in Pakistan, 2,2 Millionen waren Binnenflüchtlinge. Zwar sind fast alle Afghanen Moslems, aber außer der Mehrheit der Sunniten gibt es auch eine Minderheit von 15 % Schiiten (vornehmlich Hazara und Tadschiken), eine religiöse Trennung, die eth-

nisch-sprachliche Bruchlinien hier und da verstärkt. Sowohl die Taliban als auch Al-Qaida wurzeln im sunnitischen Islam.

Die Taliban hatten die früher extensive Opiumproduktion als unislamisch bewertet und nach ihrem Sieg fast völlig unterbunden. Nach dem Ende ihrer Herrschaft wuchs die Opiumproduktion jedoch wieder drastisch an. In Afghanistan wird heute 93 % des Weltopiums hergestellt, das Grundstoff für die Herstellung von Heroin ist. Mittlerweile nutzen auch die Taliban die Opiumproduktion für die Finanzierung ihrer Organisation, ihrer Bewaffnung und der von ihnen beherrschten Gebiete. Somit trägt der hohe Drogenkonsum in den westlichen Gesellschaften beträchtlich zur Finanzierung des islamistischen Terrors und bewaffneten Kampfes gegen die westlichen Truppen und die von ihnen unterstützten staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen bei. Die gegenwärtigen Bemühungen zur Einschränkung des Drogenkonsums sind ebenso unzulänglich wie die zur Beschränkung der Drogenproduktion. Mohn wächst auch in wasserarmen Gebieten. Außerdem mußte z. B. in Afghanistan ein Bauer im Jahre 2003 anstelle von 1 kg Mohn 3500 kg Weizen produzieren, um dasselbe Einkommen zu erlangen. Seither ist die Opiumproduktion trotz aller alternativen agrarischen Vorhaben wie des VN-Projekts „Weizen statt Drogen“ weiter angestiegen, da außer den Taliban auch zahlreiche lokale und Provinzbehörden des neuen Staates sowie kriminelle Banden in den Drogenhandel verwickelt sind. Selbst Teile der Zentralregierung sind in ihn involviert.

Die geographischen Gegebenheiten der regionalen Zergliederung im Gebirge und der daraus resultierenden geringen Verkehrserschließung sowie die ethnisch-sprachliche Vielfalt haben in der bisherigen Geschichte niemals die Bildung eines Zentralstaates erlaubt, sondern stets lokale und regionale Machtzentren mit eigener Waffengewalt begünstigt. Die sogenannten *warlords* (Kriegsherren) sind also weniger Resultate zerfallener zentraler Staatsgewalt als Ausfluß traditioneller dezentraler Stammes- und Clanstrukturen der afghanischen Gesellschaft. Von daher dürfte der Versuch der VN und der NATO, in Afghanistan einen modernen, demokratischen Zentralstaat zu schaffen, ziemlich aussichtslos sein.

Die ethnisch-sprachlich-konfessionelle und demzufolge auch politische Zergliederung Afghanistans hat es auswärtiger imperialer Politik immer wieder ermöglicht, Bündnispartner in Afghanistan gegen die im Lande gerade vorherrschenden Kräfte zu finden. So waren auch die untereinander oft zerstrittenen Kriegsherren der Nordallianz, also der Vereinigten Islamischen Front zur Rettung Afghanistans, in der Tadschiken und Usbeken den Ton angeben, ein wichtiger Bündnispartner für die US-amerikanische und britische Interventionspolitik seit dem 7. Oktober 2001. Deren Kooperationsbereitschaft dient auch zur Legitimation der Intervention.

Trotz der vielfältigen Zersplitterung, Zerstrittenheit und auch bewaffneten internen Gegensätze in der afghanischen Gesellschaft, die es auswärtigen Mächten erleichtert, in Afghanistan eigene Machtinteressen zur Geltung zu bringen, gibt es anscheinend dennoch eine gewisse nationale Verbundenheit, die sich über kurz oder lang gegen die auswärtigen Truppen wendet, die einer Bürgerkriegspartei zu Hilfe kamen und bald überwiegend als Okkupationstruppen wahrgenommen werden. Das mußten zuletzt die Sowjettruppen in den Jahren 1979-1989 erfahren, die ein afghanisches Minderheitenregime zu stützen trachteten. Bemerkenswert ist, daß es trotz des langen Bürgerkriegs mit ethnisch-religiösen Parteiungen zu keinem ernsthaftem ethnonationalen Separatismus kommt. Vermutlich ist die staatliche Einheit Pakistans und vielleicht auch Irans eher gefährdet als die Afghanistans. Die Frage ist heute, ob auch die VN und die NATO nur noch ein in der afghanischen Gesellschaft weitgehend isoliertes Minderheitenregime in Kabul zu stützen trachten, selbst wenn die ausländischen Truppen anfangs von verbreiteten Hoffnungen auf eine Befreiung vom Taliban-Regime und einen kooperativen (keineswegs demokratischen) Neuanfang in der afghanischen Gesellschaft getragen wurde.

Die Rekonstruktion eines afghanischen Staatswesens vollzog sich in mehreren Schritten. Bereits am 26. November 2001 begann in Bonn auf dem Petersberg auf Initiative des VN-Sicherheitsrates eine Konferenz zur Bildung und Unterstützung einer provisorischen Regierung, an der Vertreter der Nordallianz, der von Pakistan und von Iran unterstützten Exilgruppen und des seit dreißig Jahren in Rom lebenden ehemaligen Königs Zahir Shah teilnahmen, aber keine Taliban. Die Konferenz wurde am 5. Dezember mit der Wahl einer provisorischen, dreißigköpfigen Regierung unter dem paschtunischen Stammesführer Hamid Karzai beendet, in der anfangs die in der Nordallianz tonangebenden Tadschiken überrepräsentiert waren. In der Folgezeit betrieb Karzai eine schrittweise Paschtunisierung der Regierung.

Die zweite Stufe der Bildung neuer staatlicher Institutionen wurde durch die Einberufung der *Loja Dschirga*, einer traditionellen Versammlung der Stammesführer, unter dem Vorsitz des ehemaligen Königs Zahir Shah in Kabul im Juni 2002 eingeleitet. Die 1656 Delegierten der Versammlung aus allen Provinzen und Distrikten wurden teils indirekt gewählt, teils ernannt. Auf dieser Versammlung wurde Hamid Karzai zum Übergangs-Präsidenten gewählt und eine neue Übergangsregierung gebildet.

Die dritte Stufe war die Verabschiedung einer Verfassung durch eine weitere *Loja Dschirga* am 26. Januar 2004, die Afghanistan als Islamische Republik bestimmt, in der die Gesetze nicht gegen die Grundsätze des islamischen Rechts verstoßen dürfen. Die Islamische Republik ist eine Präsidialrepublik. Parteien sind in ihr verboten. Nach dem Prinzip der Persönlich-

keitswahl wird alle fünf Jahre eine Parlamentskammer (die Volkskammer, *Wolesi Dschirga*) mit 249 Abgeordneten gewählt, wobei 68 Sitze für Frauen reserviert sind. Die zweite Parlamentskammer (*Meschrano Dschirga*) mit 102 Mitgliedern wird indirekt alle vier Jahre zu je einem Drittel von den Provinzparlamenten und von den Distrikträten gewählt und zu einem weiteren Drittel vom Präsidenten ernannt.

Die ersten ordentlichen Wahlen wurden mehrmals verschoben. Erst am 9. Oktober 2004 konnten Präsidentenwahlen stattfinden, an denen sich 83,7 % der Wahlberechtigten beteiligten. Gewählt wurde für fünf Jahre unter den 18 Kandidaten der bisherige Übergangspräsident Hamid Karzai mit 55,4 % der gültigen Stimmen, die überwiegend aus den paschtunischen Siedlungsgebieten stammten. Bei den Tadschiken, Usbeken und Hazara im Norden und Westen fand er nur geringe Zustimmung.

Auf der fünften Stufe wurde die Institutionenbildung des Staates mit den Wahlen zur *Wolesi Dschirga* und zu den 34 Provinzparlamenten am 28.9.2005 fortgesetzt, die von der Ermordung von sieben Kandidaten und vielen Gewaltakten überschattet wurden. Nur noch 54 % der Wahlberechtigten nahmen an diesen Wahlen teil, bei der die EU-Beobachter vielfachen Wahlbetrug und Wählereinschüchterung beklagten.

Die Nationalarmee soll einmal aus 70.000 Mann bestehen, wobei ein Teil der 100.000 ehemaligen Kämpfer der vielen Milizen in sie integriert wird. Wiederholt desertierten jedoch zahlreiche Soldaten, nachdem sie keinen Sold erhalten hatten. Auch der Aufbau einer afghanischen Polizei kommt nur langsam voran. Die Zahl der Ausbilder aus den USA und aus der EU ist nach wie vor gering. Im Mai wurde eine Verdoppelung der Zahl der EUPOL-Ausbilder auf 400 beschlossen.

4 Eingeständnis der Nichtgewinnbarkeit des Afghanistankrieges oder militärische Eskalation

Der scheidende Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Afghanistan, General Mark Carleton-Smith meinte vor wenigen Wochen in der *Sunday Times*: „Wir werden diesen Krieg nicht gewinnen“. Er schloß sich mit dieser resignativen Beurteilung der Situation den vielen Stimmen an, die seit Beginn der Intervention auf das Scheitern der britischen und sowjetischen Eroberungsversuche in dem Hochgebirgsland mit seiner stolzen, kriegerischen Bevölkerung verwiesen, die sich kein von fremden Truppen gestütztes Regime aufzwingen lasse. Durch die hohe Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung infolge militärischer Aktionen der Koalitions- und Regierungstruppen mache sich das Karzai-Regime immer mehr ebenso ver-

haßt wie durch seine Korruptheit und seine Unterstützung von lokalen und regionalen Machthabern gegen ethnisch-religiöse Minderheiten oder auch Mehrheiten.

Andererseits gelinge es den Taliban und auch anderen Aufständischen wie der Hisb-i-Islami Gulbuddin Hekmaktyars oder Drogenbanden durch rücksichtslosen Terror in vielen Dörfern und Städten, die Bevölkerung zur Unterwerfung unter die stärkeren Machthaber zu bewegen, da die Koalitionstruppen nicht zum ähnlich brutalen Gegenterror bereit sind. Die in den letzten Jahren enorm zunehmenden Terroranschläge und Selbstmordattentate richten sich auch gegen die internationalen Hilfsorganisationen, von denen sich einige bereits aus Afghanistan zurückgezogen haben. Mit der Geiselnahme von 23 südkoreanischen christlichen Helfern gelang es den Taliban bereits, den Rückzug der südkoreanischen Truppen aus Afghanistan zu erzwingen. Wie stark die Taliban mittlerweile wieder in Afghanistan sind, zeigte z. B. die Erstürmung eines Gefängnisses in Kandahar im Juni dieses Jahres, bei der ca. 870 Gefangene, darunter 390 Taliban befreit wurden. Auch der spektakuläre Versuch, den Staatspräsidenten während einer Militärparade am 27.4. 2007 in Kabul zu ermorden, bei dem viele Menschen starben, demonstrierte die landesweite Präsenz und Aktionsfähigkeit von Taliban-Kadern. Offenbar wollten sie den erfolgreichen islamistischen Anschlag vom 6. Oktober 1981 auf den ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat, der im März 1979 das Friedensabkommen mit Israel unterzeichnet hatte, nachahmen. Präsident Karzai überlebte bisher zahlreiche Mordanschläge, aber mehrere seiner Minister wurden in den vergangenen sieben Jahren getötet.

Mit islamistischen Terrordrohungen in Deutschland und Europa wird zunehmend versucht, auf die öffentliche Meinung dort zugunsten eines Ausscherens weiterer Länder aus der Koalition der Bereitsteller von ISAF- und OEF-Truppen auszuüben. Auch die ungleiche Belastung der Koalitionstruppen durch militärische Aufgaben und Todesopfer unterminiert die Bereitschaft mancher Länder wie Kanada und Großbritannien, noch lange ihre Truppen in Afghanistan auf scheinbar aussichtslosem Posten zu belassen. So droht eher ein schleichender Zusammenbruch des internationalen Afghanistan-Engagements als ein kollektives Eingeständnis der NATO und der VN, daß sie gescheitert ist, einen Staatsaufbau und eine gesellschaftliche Regeneration nach ihren Vorstellungen durchzusetzen.

Als Alternative zum drohenden Scheitern des internationalen Wiederaufbauprogramms für Afghanistan wird vor allem in den USA, insbesondere auch von dem designierten Präsidenten Barack Obama, eine massive Verstärkung der US-amerikanischen und internationalen Truppen in Afghanistan befürwortet, um die sicherheitspolitische, militärische wie polizeiliche Hegemonie im Lande zu erringen und in den zwischenzeitlich verlorenen Regionen wieder zu

erlangen. Als Vorbild hierfür dient die massive Aufstockung der US-amerikanischen Truppenpräsenz im Irak, die dort den beträchtlichen Rückgang der Gewalttaten in Verbindung mit neuen politischen Initiativen zur Integration der arabischen Sunniten in das Staatswesen bewirkt haben soll. Dementsprechend befürworten manche westliche Politiker im Gegensatz zur derzeitigen US-Regierung ein deutlicheres Zugehen auf die regionalen Machthaber und auch auf die gemäßigten Taliban, die bereit sind, der Al-Qaida keine Stützpunkte in Afghanistan zu gewähren. Eine minimalistische internationale Afghanistan-Politik würde sich demnach darauf beschränken, dem transnationalen Terrornetzwerk der Al-Qaida die früher in Afghanistan gewährte großzügige Ausbildungs-, Rückzugs- und Erholungsbasis zu entziehen. Als Rekrutierungsbasis diente es offenbar nicht, da bislang wenig oder nichts von Afghanen im transnationalen Terroreinsatz bekannt wurde. Ein solcher Übergang zu einer minimalistischen Interventionspolitik würde auf die unmittelbare Durchsetzung solch weitreichender Ziele wie Demokratisierung, westliche Standards der Verwirklichung von Menschenrechten, Frauenemanzipation usw. verzichten und sich mit einer relativen Stabilisierung von Herrschaftsstrukturen abfinden, wie sie in anderen islamischen Staaten abfinden, wie sie auch in prowestlichen Staaten wie Saudiarabien, Ägypten, Pakistan usw. bestehen, in denen keine NATO- und VN-Truppen disloziert sind.

5 Konzept für einen geordneten Rückzug aus Afghanistan

Welche Politik für Afghanistan läßt sich anraten? Ein Konzept für den Rückzug der VN-mandatierten Truppen unter NATO-Führung aus Afghanistan sollte weniger durch einen konkreten Zeitplan als durch die Bestimmung wichtiger politischer Entwicklungsschritte gekennzeichnet werden, die zwischen den Repräsentanten der afghanischen Regierung und des Parlaments und den Vereinten Nationen bzw. den maßgeblich in Afghanistan engagierten VN-Mitgliedern ausgehandelt werden müßten. Dazu wäre eine genauere Erforschung des Willens und der Stimmungen in der afghanischen Bevölkerung äußerst hilfreich.

Als allgemeine Richtlinien könnten folgende Überlegungen dienen. Solange eine große Mehrheit nicht nur der Gesamtbevölkerung, sondern auch der jeweiligen regionalen Bevölkerung einen Schutz vor Gewaltakten von nationalen oder regionalen Minderheiten trotz vereinzelten Fehlverhalten der internationalen Truppen befürwortet, wäre ein Rückzug der ISAF unverantwortlich.

In einer überschaubaren Frist sollte die neue afghanische Armee in die Lage versetzt werden, selbst gegen aufständische Minderheiten vorzugehen oder einen Frieden mit ihnen auszuhan-

deln, die offensive militärische Kampf-Operation Andauernde Freiheit sollte demgemäß in naher Zukunft beendet werden, um den Druck auf selbständige afghanische Friedenssicherung durch militärischen Schutz und politischen Kompromiß zu erhöhen.

Die polizeiliche Komponente der ISAF-Mission sollte in konkreten Schritten erweitert, die militärische verringert werden, was nur gelingen kann, wenn immer weniger Anreize in den Dörfern und Städten geschaffen werden, die Zentralregierung und die mit ihr verbündeten internationalen Truppen als Feind der Bevölkerung erscheinen zu lassen. Der gegenwärtige Prozeß der Verfeindung von Teilen der afghanischen Bevölkerung durch Maßnahmen der Zentralregierung und der internationalen Truppen wie die irrtümliche Erschießung von Zivilisten muß wieder umgekehrt werden, was wohl kaum ohne massive Kritik an den korrupten und als willkürlich empfundenen Handlungen der Zentralregierung möglich sein dürfte. Das entscheidende Kriterium für den Umfang, die Aktivitäten und die Dauer der ISAF-Präsenz muß demgemäß die Akzeptanz durch eine große Mehrheit der Afghanen im gesamten Land wie auch in den einzelnen Regionen sein.

Es sollten Übergangsstufen für die Verringerung der ISAF-Präsenz in Teilen Afghanistans und im Lande insgesamt bestimmt werden, die durch eine Afghanisierung der Kriminalitätsbekämpfung und der lokalen, regionalen und zentralen politischen Entscheidungsbildung anstrebt, auch wenn sie nicht den Normen westlicher demokratischer Rechtsstaaten entsprechen. Dabei sollte der wichtigste Legitimationsgrund für die Präsenz internationaler Streitkräfte im Vordergrund der internationalen Afghanistan-Politik stehen: die Gewährleistung von Bedingungen dafür, daß Afghanistan nicht erneut zum Standort für Ausbildungslager zum vorübergehenden Rückzugsgebiet von weltweit tätigen islamistischen Terroristen wird.

Auch zahlreiche nichtdemokratische islamische Staaten sind keine Nester für transnationale islamische Terrorgruppen. Von nachgeschobenen Legitimitätsgründen für die Präsenz internationaler Truppen wie Demokratisierung, Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Frauenemanzipation ist Abschied zu nehmen. Die Befreiung Afghanistans von selbstverschuldeter Unmündigkeit ist Aufgabe der Afghanen selbst, selbst wenn dies noch viele Jahrzehnte Leiden und Geduld der Afghanen erfordert. Nicht nur der Kommunismus, sondern auch die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Meinungsfreiheit und die Frauenemanzipation lassen sich nicht auf Panzern und mit Maschinenpistolen exportieren. ISAF sollte sich von politischen Missionsaufgaben ebenso befreien wie von der unfreiwilligen Instrumentali-

sierung durch afghanische Minderheiten, die in der afghanischen Mehrheit immer verhaßter werden könnten, auch weil sie sich ausländischer bewaffneter Helfer bedienen.

6 Von Bushs Irak-Desaster zu Obamas Afghanistan-Desaster?

In den nächsten Monaten dürfte eine weitere drastische Erhöhung der US-amerikanischen Truppenpräsenz entsprechend den Ankündigungen des designierten US-Präsidenten Barack Obama stattfinden, der dazu erhebliche Truppenkontingente aus dem Irak abziehen will. Der Druck auf die Bundesrepublik Deutschland und andere NATO-Länder zur verstärkten militärischen Beteiligung nicht nur an der ISAF-Truppe, sondern auch an den offensiven Kampfhandlungen gegen die Taliban und andere Widerstandsgruppen dürfte sich weiter erhöhen. Großbritannien will auch verstärkt mit militärischer Gewalt gegen den Drogenanbau, die Heroinproduktion und den Drogenhandel vorgehen. Die Befürworter dieser Strategie berufen sich auf das Vorbild Irak, wo die drastische Truppenerhöhung unter Präsident Bush vor einigen Monaten einen erheblichen Rückgang der Terroranschläge und eine Stabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse eingeleitet habe, die nun schrittweise den Truppenrückzug aus dem Irak erlaube.

Völlig ungewiß ist, ob diese Strategie mit vermehrten Übergriffen von US-Truppen von Afghanistan aus auf pakistanisches Territorium verbunden sein wird, was zur Destabilisierung des Regimes in Islamabad beitragen könnte. Die Alternative ist ein verstärktes Vorgehen der Zentralregierung selbst gegen die Rückzugslager der Taliban im Nordwesten, was ebenfalls das Risiko der Gefährdung der politisch-regionalen Balance zwischen den Regionen und Ethnien Pakistans enthält. In jedem Falle dürfte mit einer Ausweitung weltweiter terroristischer Aktivitäten islamistischer Gruppierungen zu rechnen sein, auch wenn sie ihren Ausgangspunkt nicht mehr in Afghanistan, sondern in Pakistan und anderen islamischen Ländern haben dürften.

Die Bemühungen des paschtunischen Präsidenten Karzai, die gemäßigten, überwiegend paschtunischen Taliban in einen politischen Integrationsprozeß einzubeziehen und damit auch Afghanistan gegenüber den Einflüssen aus Pakistan abzusichern, finden unter dem neuen US-Präsidenten Obama möglicherweise mehr Sympathie als unter dem derzeitigen, dürften aber auf heftigen Widerstand aus dem nichtpaschtunischen Norden und Westen Afghanistans stoßen. Karzai strebte in den letzten Monaten auch gegen den Willen der Bush-Regierung in den USA eine solch vorsichtige Kooperation mit den gemäßigten Taliban an. Ende September fand eine erste Konferenz zwischen Regierungsvertretern Karzais, gemäßigten Taliban und

einem Vertreter des ehemaligen Ministerpräsidenten und islamistischen Mudschaheddin Hisbi-Islami Gulbuddin Hekmatyar auf Vermittlung des saudischen Königs in Mekka statt.

Präsident Karzai hat bisher zahlreiche Anschläge auf sein Leben überlebt; man kann nicht gewiß sein, daß dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Ungewiß ist auch seine Wiederwahl 2009. Ein Nachfolger mit seiner politischen Statur und seiner internationalen Reputation ist nirgends in Sicht. Die bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen zwischen den Ethnien, Klans und regionalen Interessengruppen dürften im Falle einer Enthauptung der Zentralmacht erheblich zunehmen. Es ist fraglich, ob die VN und die NATO in der Lage sind, ein Konzept der Dezentralisierung des Staates zu entwickeln, das weniger den Vorgaben demokratietheoretischer Richtlinien (Föderalisierung, Autonomisierung) als den Traditionen pragmatischen Interessenausgleichs zwischen den regionalen und lokalen Machthabern entspricht. Denn eine solche Befriedungsstrategie wäre gewiß mit weiteren Rückschlägen bei der Frauenemanzipation, bei der Entfaltung zivilgesellschaftlicher Ansätze, der Medienfreiheit und der Entwicklung politisch-pluralistischer Organisations- und Parteienbildung verbunden. Andererseits ist jedes Konzept der von außen oktroyierten oder auch nur geförderten Demokratie zum Scheitern verurteilt, vor allem wenn immer mehr Terrorakte gegen jegliche ausländische Präsenz, auch die von zivilen NROs, die sich den Schutz der ISAF oder der OEF-Truppen verbitten, verübt werden.

Die Entwicklung in Afghanistan ist ganz erheblich von den derzeit völlig unübersehbaren Vorgängen im Irak nach dem Abzug der US-Truppen, in Pakistan, in Indien und auch im Iran abhängig. Man kann nicht ausschließen, daß der neue US-amerikanische Präsident sich nach dem Bush-Desaster in Irak unwillentlich sein eigenes Desaster in Afghanistan ansteuert und dazu erfolgreicher als dieser das Nine-Eleven-Trauma in der US-amerikanischen Gesellschaft instrumentalisieren wird. In Europa hingegen dürfte die Besorgnis, durch einen Hyperinterventionismus der NATO-Staaten eher den islamistischen Terrorismus zu fördern als erfolgreich zu bekämpfen, die Gesellschaften spalten und zeitweise Mehrheiten in der Gesellschaft gegen die Mehrheiten in den Parlamenten aufbringen, wobei die politischen Stimmungen infolge von neuen großen Terrorakten im Westen oder von hohen Truppenverlusten bei Auslandseinsätzen heftig zwischen dem Wunsch nach Rückzug der eigenen Truppen aus dem fernen Ausland und verstärktem militärischem Interventionismus schwanken dürften. Langfristige zivile Friedenskonsolidierungsprogramme müßten hierbei so oder so immer wieder zu kurz kommen und werden es sehr schwer haben, öffentliche und politische Unterstützung zu finden.